

## ÖVP "Freunderlwirtschaft" im Gemeinderat



**Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Do 27. März 2025  
um 19:00 Uhr in der Galerie Mondsee statt.**

**Impressum:**

**D'Tiafgroba** | 5310 Tiefgraben | Steinerhofstraße 10 | Tel. 0664/4245115

**e-mail:** johann.maier@mondsee-irrsee.info | www.mondsee-irrsee.info

**Medieninhaberin, Verlegerin, Herausgeberin:** SPÖ+DU Ortsgruppe Tiefgraben, Johann Maier

**Fotos:** Adobe Firefly, doris.at

**Grundlegende Richtung:** Information über politische und bürgernahe Themen aus Tiefgraben und dem Mondseeland  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

**Erstellung:** SPÖ+DU **Druck:** druck.at | Verlagspostamt 5310 Tiefgraben

# EDITORIAL

Liebe Mondseelandbewohner!



In dieser Ausgabe möchte ich bewusst auf allgemeine Begrüßungsfloskeln verzichten und direkt auf die aktuellen Ereignisse eingehen.

Vor einigen Jahren galt Tiefgraben noch als finanziell starke Gemeinde, die mit mehreren Millionen an Rücklagen für ihre solide Finanzpolitik bekannt war. Auch wenn es unterschiedliche Meinungen gab, begegneten sich die Gemeinderäte und Parteien stets mit Respekt und Anerkennung. Doch mit der Übernahme der Partei-Obmannschaft und dem Fraktionsvorsitz der ÖVP in der Periode 2015 bis 2021 änderte sich vieles.

H.P. Pfeffer begann zunehmend, die Partei für seine eigenen Interessen zu nutzen. Mitglieder, die sich dem Gemeinwohl verpflichtet fühlten, wurden ausgegrenzt. Einige verließen daraufhin die Partei oder schlossen sich unserer Bewegung an.

Während dieser Zeit hörte ich bei Hausbesuchen viele dramatische Erlebnisse, die ich zuerst kaum glauben konnte. Im Laufe der Jahre bestätigten sich jedoch immer mehr diese Geschichten und Vorfälle. Eine klare Strategie des Eigennutzes war in all diesen Situationen stets erkennbar. Mittlerweile könnte ich wohl ein Buch über diese Erlebnisse schreiben – ein Buch über Peinigung, Empathielosigkeit, Diskriminierung und Geißelhaft.

Mit der Konstitution des neuen Gemeinderates im Herbst 2021 und dem fortlaufenden Bau der Krabbelstube verschärfte sich die Situa-

tion weiter. H.P. Pfeffer, der sowohl Sohn als auch Partner des beauftragten Architekten ist, wurde Vizebürgermeister und in den Gemeindevorstand gewählt. In dieser Position beschloss er Honorarnoten seines Vaters (Architekt) sowie Aufträge an die beauftragten Firmen. Unter dem Motto „Koste es, was es wolle“, wurde der Bau fortgeführt – ohne eine adäquate Kontrolle der Kostenentwicklung durch den Architekten. Über eine Kostenüberschreitung wurde uns damals zu keiner Zeit berichtet.

Seit 2022 hat die SPÖ in dieser Angelegenheit immer wieder auf die Notwendigkeit von Kontrolle, Prüfung und kostendämpfenden Maßnahmen hingewiesen. Leider wurden alle diesbezüglichen Anträge in den Gemeindegremien von der ÖVP und FPÖ abgelehnt. Interessierte Bürger können den historischen Verlauf dieser Ereignisse jederzeit in unseren Partei-Zeitschriften nachlesen (Download: [www.mondsee-irrsee.info](http://www.mondsee-irrsee.info)). Alle Ausgaben der letzten Jahre sind dort verfügbar.

Nun tritt eine neue Phase der Eskalation in Kraft. Unsere sachlichen Informationen in der Parteizeitung, Medienberichte und das anstehende Gerichtsverfahren gegen den Architekten haben die Gruppe um Vizebürgermeister Pfeffer sichtbar unter Druck gesetzt. In einem verzweifelten Versuch, die Schuld von sich zu schieben, wird nun auf niedrigste Weise eine Hetz- und Schmutzkampagne gegen Mitglieder unserer Fraktion geführt. Ein Beispiel hierfür findet sich im „Blickpunkt Tiefgraben“ (Dezember 2024), auf den Seiten 10 bis 11, wo Unterstellungen formuliert werden, die meiner Ansicht nach bereits den Tatbestand einer Unterlassungsklage erfüllen könn-

ten. Viele Mandatare der ÖVP und auch der Bürgermeister haben sich mittlerweile persönlich bei unserem Mandatar entschuldigt, da sie mit dieser Berichterstattung nicht einverstanden sind.

Leider unterliegt der „Blickpunkt Tiefgraben“ offenbar der Zensur des Partei-Obmanns, weshalb er für uns eher wie ein persönliches Fotoalbum von H.P. Pfeffer wirkt. Auch unser Bürgermeister ist diesem Zensurstift mehrfach zum Opfer gefallen. Dennoch möchte ich ihm hiermit ausdrücklich Hochachtung und Gratulation für das neue Nachrichtenblatt der Gemeinde (1. Februar 2025) aussprechen. In dieser Ausgabe hat er die Situation hervorragend und treffend dargestellt.

Auch für uns ist das Verhalten des Vizebürgermeisters absolut inakzeptabel und untragbar, und muss ein für alle Mal beendet werden. Der Rücktritt des Vizebürgermeisters ist längst überfällig. Ich lade alle noch verbleibenden, konstruktiven Kräfte im Gemeinderat ein, gemeinsam mit dem Bürgermeister nach diesem Tiefpunkt der örtlichen Politik, ohne diese Eigennützigkeit zu starten.

Ich würde mich freuen, wenn sich Personen bei uns melden, die unsere Politik unterstützen und bei uns mitarbeiten wollen. Es gibt keinen Klubzwang oder eine Parteimitgliedschaft. Jeder/e ist willkommen sich einzubringen, mitzuarbeiten und mitzugestalten. Außerdem hoffe ich, dass mehr Bürger und Bürgerinnen die Gemeinderatsitzungen besuchen und für transparente Politik einstehen.

**Somit möchte ich allen Bewohnern:innen des Mondseeland ein frohes Osterfest wünschen.**  
**Johann Maier**  
**Ortsparteiobmann**

## ÖVP “Freunderlwirtschaft” im Gemeinderat Tiefgraben

Um die Frage “Wie kann es passieren, dass der Bau eines öffentlichen Gebäudes als ganzes Projekt planerisch und finanziell derart an die Wand gefahren wird?” beantworten zu können, muss man das Netzwerk und die Besetzungspolitik der ÖVP Tiefgraben einmal genauer betrachten:

Das ÖVP-System ist in Bündnissen organisiert. Neben dem ÖAAB (Arbeiter:innenvertretung) und dem Bauernbund, gibt es den mächtigen **Wirtschaftsbund**. Thematisch sollen die Interessen der Bündnisse in der Gemeinde vertreten werden.

Durch die Wahlarithmetik hat die ÖVP Tiefgraben bei der letzten GR-Wahl trotz hoher Verluste knapp ein 13. Mandat erlangt. Deshalb ist sie in fast allen Ausschüssen und im Gemeindevorstand mit 4 von 7 Mandataren vertreten.

Der Großteil der finanziellen Entscheidungen (zwischen ca. 5.000 und 10.000 €) werden mit Mehrheitsbeschlüssen im Gemeindevorstand behandelt. Darüber hinausgehende Beträge müssen im Gemeinderat beschlossen werden.

Größere Bauprojekte, wie der Krabbelstubenneubau und die Kindergartenerweiterung werden im Regelfall vom Gemeinderat durch Übertragungsverordnung an den Gemeindevorstand zugewiesen.

**Was passiert, wenn Vorstandsmitglieder nicht nur Auftragsvergaben durchführen, sondern auch gleichzeitig Auftragnehmer für diese Vergaben sind?**

Dies ist beim Krabbelstubenneubau und der Kindergartenerweiterung geschehen.

Das Architekturbüro Pfeffer hatte das komplette Projekt von der Planung bis zur örtlichen Bauaufsicht, der Projektüberwachung und der finanziellen Kontrolle in deren Hand. Einige Gemeinderatsmitglieder sind Auf-

tragnehmer bei dieser Großbaustelle.

Das Architekturbüro Pfeffer hat für das Projekt Gesamtkosten von 3 Millionen Euro berechnet. Dies war auch die Grundlage für die zustehenden finanziellen Landesmittel. Im Zuge der Bauabwicklung wurde die Gesamtsumme auf 3,35 Mio Euro aufgestockt und vom Land OÖ genehmigt. Die Gründe sind uns allen bekannt (Corona und der Ukrainekrieg).

Es wurden auch Änderungswünsche im Zuge der Bautätigkeiten vom Gemeindevorstand beschlossen, die sich auch finanziell niedergeschlagen haben. Diese erklären jedoch nicht die Verdopplung der Gesamtkosten auf 6,3 Mio Euro.

So haben sich beispielsweise die Kosten für Tischlerarbeiten um etwa das 3-fache erhöht.

**Sind Planungsfehler schuld?**

So eine eklatante Kostensteigerung lässt entweder eine Überforderung des beauftragten Architekturbüros, oder ein bewusstes finanzielles Scheitern des Projektes vermuten.

Sehr zu hinterfragen ist, dass bei der Beauftragung eines externen Gutachters zur Klärung der hohen Kosten durch den Gemeindevorstand, ausgerechnet der Vizebürgermeister und Sohn des beauftragten Architekten dieses unter allen Umständen verhindern wollte.

Durch die Konstellation in den Ausschüssen und in den Entscheidungsgremien kann jede Kontrolle abgeblockt werden. Der betroffene Architekt war zu

keinen Vergleichsgesprächen bereit und konnte keine schlüssigen Erklärungen für die Kostenexplosion geben.

**Die ÖVP Tiefgraben will nicht nur den Bürgermeister aus dem Amt drängen, sondern sie schadet der ganzen Bevölkerung.**

### Heimatbund und Bauernmuseum - offene Fragen

Der Heimatbund Mondsee erhält von allen 4 Mondseelandgemeinden jährlich 50.000 €. Diese Subvention soll zur Abdeckung aller laufenden Kosten dienen. Nun stellt der Heimatbundobmann eine Rechnung über eine zusätzliche Zahlung über 27.000 € an die Mondseelandgemeinden. Hier handelt es sich um Mietrückstände über 3 Jahre für Räumlichkeiten der Pfarre Mondsee.

Die Funktionsperioden des **Bauernmuseum** und des **Heimatbundes** sind schon teilweise mehrere Jahre abgelaufen. Laut Rücksprache mit einigen Mitgliedern hat es in beiden Vereinen jahrelang keine Mitgliederversammlungen mehr gegeben. Das heißt, es wurden keinerlei Kassenprüfungen und Entlastungen der Kassiere durchgeführt. Um so schwerer wiegt dieser Missstand, weil hier über mehrere Jahre die Gemeinden hohe Steuergelder beisteuern und Nachweise für eine statutengerechte Verwendung fehlen.



**Was sagt da Tiefgroba dazua?**

Liabe Zensuriera von da ÖVP, i hätt an neichn Nam fia eicher Blattl: **“Tiefpunkt Tiefgraben”**

## Verkauf von Gemeindegrundstücken

**Vorangetrieben wird derzeit von Teilen der ÖVP-Tiefgraben (Wirtschaftsbund) der Verkauf einer Teilfläche des Grundstücks 1433/3 an der B145 neben dem Autohaus Reiser, welches für den Bau des neuen Feuerwehrhauses für die FF Hof und FF Guggenberg vorgesehen ist.**

Nach Anfrage beim Landesfeuerwehrkommando OÖ sollte das Grundstück mindestens 2.800m<sup>2</sup> groß sein und es sollten noch zusätzliche Erweiterungsflächen berücksichtigt werden.

**Genau um die Größe dieser Erweiterungsflächen geht es nun.**

Vorrangig sollte erwähnt werden, dass sich zwei eigenständige Feuerwehren dazu bereit erklären sich gemeinsam ein Feuerwehrhaus zu teilen. Diese Kooperationsfähigkeit würden sich wohl so einige Bürgermeister im Land wünschen. Es kann davon ausgegangen werden, dass langfristig Erhaltungs- und Betriebskosten eingespart werden.

Außerdem können gewisse Räumlichkeiten besser und effizienter genutzt werden. Also wird uns diese Kooperation langfristig Einsparungen im Budget bringen und die Schlagkraft der Wehren wird nicht darunter leiden. Dahingehend gibt es bereits eine konkrete Studie des Landesfeuerwehrkommandos OÖ. Weiters ist die bereits Jahrzehnte lange Jugendarbeit der beiden Wehren zu erwähnen und die Erfolge in den letzten Jahren (Weltmeistertitel FF Guggenberg) sind wohl noch vielen Gemeindebürger:innen in Erinnerung. Darum besteht auch der Wunsch der beiden Wehren, eine Laufbahn für die Jugendgruppe am Areal einzuplanen.

Dies würde das Training erheblich vereinfachen und die WC-Anlagen im neuen FF Haus (Mädchen und

Burschen) könnten genutzt werden. Wir sehen diesen Wunsch als gerechtfertigt und längst überfällig an.

Da das neue FF-Haus auf drei Seiten von Straßen umgeben sein wird, besteht für zukünftige Herausforderungen keine

Erweiterungsmöglichkeit mehr. Darum muss genügend Platz reserviert werden, um für die nächsten Jahrzehnte wieder das Auskommen zu finden. Jedenfalls sollte ein Erweiterungsbau für ein Katastrophenschutzlager und ein Übungsplatz für technische Einsätze vorgesehen werden. Die zentrale Lage des Grundstücks für diesen Einsatz ist hervorragend geeignet. Hier den Platz auf das Nötigste zu beschränken, wäre ein fataler Fehler und sehr kurzsichtig gedacht.

Unserer Meinung nach sollten aufgrund der Unförmigkeit des Grundstücks mindestens 4.000m<sup>2</sup> bis 4.500m<sup>2</sup> für das neue FF-Haus vorgesehen werden. Die Fläche stellt sich aus den mindestens vom LFK OÖ geforderten 2.800m<sup>2</sup>, 500m<sup>2</sup> für die Jugendlaufbahn und ca. 1.000m<sup>2</sup> Erweiterungsfläche zusammen. Es müssen auch Flächen für die Oberflächenwasserretention vorgesehen werden. Die Gesamtfläche des Grundstücks beträgt 6.593m<sup>2</sup>, somit würden ca. 2.000m<sup>2</sup> für einen Verkauf überbleiben.

Das Autohaus Reiser würde gerne die Restfläche erwerben. Hierfür gab es bereits mehrfach Gespräche zwischen dem Bürgermeister und dem Geschäftsführer des Autohauses. Bürgermeister Dittlbacher berichtete in der letzten Gemeinderatssitzung von einem derzeitig verhandelten Verkaufspreis von 230 €/m<sup>2</sup>. Seitens des ÖVP-Wirtschaftsbundes kam die Forderung die maximal mögliche Grundfläche



an das Autohaus zu veräußern. Der Verkaufspreis liegt deutlich unter den derzeit vergleichbaren Grundstückspreisen in unserer Region von ca. 300 €/m<sup>2</sup> für Betriebsbaugelände.

Wichtig wäre, dass die veräußerte Fläche nicht nur als Autoabstellplatz dient, sondern hier auch wieder Arbeitsplätze geschaffen werden, welche uns Kommunalsteuereinnahmen bringen. Ein zwingender Verkauf an das Autohaus zu diesen Konditionen ist unsererseits nicht gegeben.

**Weiters fordern wir, dass die Einnahmen dieses Verkaufs zwingend zweckgebunden für den Bau des neuen FF-Hauses und keinesfalls für andere Gemeindevorhaben verwendet werden.**

Jedenfalls besteht konkreter Handlungsbedarf beim Bau des Feuerwehrhauses, hier sollten alle Kompetenzen und Anstrengungen der Gemeindevertreter gebündelt werden, um dieses Vorhaben vor einem drohenden Härteausgleich über die Bühnen zu bringen.

Das FF-Haus der Feuerwehr Hof ist in einem desolaten Zustand, welcher den freiwilligen Einsatzkräften nicht mehr zugemutet werden kann. Die ersten Besprechungen zu diesem Vorhaben fanden bereits im Jahre 2007 statt, bis heute hat sich nichts getan und der Bau rückt zunehmend in die Ferne.